



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Juni 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **P 902 Postulat Frye Urban und Mit. über keine Unterbringung von geflüchteten Menschen in unterirdischen Zivilschutzanlagen / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Das Postulat P 902 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 108 zu 0 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Urban Frye hält an seinem Postulat fest.

Urban Frye: Ich danke dem Regierungsrat für die ausführliche Begründung der Ablehnung. Es ist mir durchaus klar, dass die Unterbringung der Kriegsflüchtlinge die Regierung vor enorme Herausforderungen stellt. Darum denke ich, dass gerade die Unterbringung in Privatunterkünften für drei Monate dabei helfen könnte, die Unterbringung in Zivilschutzanlagen zu vermeiden. Ich denke auch, dass die gebündelte Akquirierung von Wohnungen ebenfalls helfen könnte. Ich verstehe nicht, warum der Regierungsrat nicht auf die Angebote von grossen Sozialinstitutionen eingeht, die sich bereiterklärt haben, den Regierungsrat in diesen Fragen zu unterstützen. Dies tun sie in anderen Kantonen schon. Ich habe vor einigen Tagen das Erstaufnahmezentrum auf der Allmend angeschaut. Ich war sehr positiv überrascht. Wie man in der Halle Zelte aufgebaut hat, um die Privatsphäre der Familien zu gewährleisten und wie man sogar «Wohnraum» für Katzen und Hunde geschaffen hat, damit die Kinder zu ihren Haustieren können, hat mich sehr beeindruckt. Ich möchte beliebt machen, noch mehr solche Hallen so umzufunktionieren. Ich denke an Mehrzweckhallen, auch auf dem Land. Es ist meiner Meinung nach zumutbar, dass die Blasmusik des Dorfes das Jahreskonzert für einmal im Nachbardorf spielt. Bei der Argumentation des Regierungsrates für die Ablehnung nehme ich zur Kenntnis, dass er sagt, das sei wirklich nur für kürzeste Aufenthalte. Meine Befürchtung ist, dass dies zu einer längerfristigen Lösung wird, weil man keine Anschlusslösungen hat. Ich lese aus der Antwort des Regierungsrates heraus, dass er das auch für nicht adäquat hält. Genau jene Flüchtlinge, die zum Teil wochenlang im Bombenhagel in Bunkern ausharren mussten, können wir jetzt nicht wieder monatelang in Zivilschutzanlagen unterbringen. Noch etwas anderes: Es ehrt mich natürlich, wenn meine bescheidenen Voten mit der Bergpredigt verglichen werden, ist diese doch einer der schönsten und ergreifendsten Texte der Weltliteratur und gehört zum Weltkulturerbe. Trotzdem finde ich einen solchen Vergleich etwas vermessen, und man könnte zukünftig darauf verzichten, auch wenn es gut gemeint ist.

Helen Schurtenberger: Alle waren überrascht, als im Februar der Krieg in der Ukraine ausbrach. Dass sich nun Menschen auf die Flucht begeben, war allen klar. Die Unterbringung von Flüchtlingen – das hat sich in der Flüchtlingswelle bereits gezeigt – ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Nur wenn alle einander

unterstützen, kann diese bewältigt werden. Urban Frye fordert nun, dass für alle Schutzsuchenden oberirdische Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Er rügt auch, dass der Kanton zu wenig mit Organisationen zusammenarbeitet. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit den Gemeinden gut läuft. Die Gemeinden sind sich ihrer Aufgabe bewusst und tragen alles dazu bei, dass Geflüchteten eine angemessene Unterkunft zur Verfügung gestellt werden kann. Die Unterbringung bei Privaten war zu Beginn sicher eine gute Lösung, doch man merkte schnell, dass dies keine Dauerlösung sein kann. Der Kanton arbeitet in diesem Kanton viel, aber er kann die Arbeitslast kaum allein tragen. Nicht alle Zivilschutzunterkünfte sind so schlecht, wie sie beschrieben werden. Es ist an der Gemeinde, das zur Verfügung stellen zu können, was vorhanden ist. Leider ist nicht in jeder Gemeinde das Wohnungsangebot dermassen hoch, dass alle in Wohnungen untergebracht werden können. Zudem ist anzumerken, dass sich bereits wieder viele auf den Weg zurück begeben. Die Zahlen des Staatssekretariates für Migration (SEM) zeigen sogar auf, dass im Moment mehr zurückkehren, als hierherkommen. Sicher ist es richtig, dass man jetzt für die Zukunft arbeitet. Es kann aber auch sein, dass keine Flüchtlinge mehr in dieser Anzahl hierherkommen. Zudem ist der Status S rückkehrorientiert, und viele Ukrainerinnen wollen auch zurückkehren. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab, weil die Regierung auf gutem Weg ist.

Thomas Oehen: Der Postulant fordert, dass keine Geflüchteten und Asylsuchenden in unterirdischen Unterkünften untergebracht werden dürfen, auch nicht für kurze Zeit. Seit Beginn des Ukraine-Konflikts ist eine grosse Flüchtlingsbewegung im Gange, auch in Richtung Schweiz. Im Kanton Luzern wurden bereits über 1400 Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen, zum Teil in privatem Wohnraum, was immer mehr zu Problemen führt. Die Tatsache, dass zurzeit rund 9000 Flüchtlinge und Asylsuchende aus der Ukraine und aus anderen Ländern von der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen (DAF) betreut werden und momentan wöchentlich an die 100 Personen aus der Ukraine in den Kanton Luzern kommen, um Schutz zu suchen, stellt den Kanton vor grosse Herausforderungen. Das Akquirieren von geeignetem Wohnraum braucht Zeit. Der Kanton braucht aber Platz, um die Flüchtenden sofort unterbringen zu können. Dazu dienen auch Zivilschutzanlagen, die den Mindestanforderungen der DAF für Wohnraum entsprechen. Die DAF ist bestrebt, dass niemand lange in solchen Unterkünften bleiben muss. Mit der Zwangszuweisung an die Gemeinden will der Kanton dem erwarteten Flüchtlingsstrom Herr werden und hofft gleichzeitig, so an genügend geeigneten Wohnraum zu gelangen. Die momentan angespannte Situation verlangt von allen Seiten Nachsicht und Geduld und von der DAF einen ausserordentlichen Einsatz. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Claudia Huser: Unterirdische Anlagen sind unterirdisch. Das wollen wir nicht. Ich glaube aber auch, dass wir anerkennen müssen, dass wir uns momentan in einer ausserordentlichen Lage befinden und die Regierung bestrebt ist, unterirdische Anlagen wirklich nur dann in Betracht zu ziehen, wenn es nichts anderes gibt. Ich glaube auch, dass Gastfamilien sicher eine gute Alternative sind, aber nur einen kleinen Teil abdecken können. Sie sind auch keine längerfristige Lösung. Wir appellieren an die Regierung, unterirdische Anlagen wirklich nur als allerletzte Lösung zu brauchen. Die GLP-Fraktion kann das Postulat so aber nicht überweisen und lehnt es deshalb ab.

Meta Lehmann: Ein Alltag ohne Tageslicht in einer Zivilschutzanlage soll weder von ukrainischen noch syrischen noch eritreischen Kindern verlangt werden. Darum unterstützt die SP-Fraktion diesen Prüfauftrag. 2015 hatten wir den letzten Unterbringungsengpass bei Flüchtlingen. Seither ist offenbar nicht genug passiert. Man hat die Ruhe nicht genug genutzt, um Strategien für neue ausserordentliche Flüchtlingswellen zu entwickeln. Dabei ist es doch klar, dass diese nicht ausbleiben werden und auch die jetzige Fluchtbewegung nicht die letzte sein wird. Der Kanton hätte sich seit 2015 einen Überblick über potenzielle Unterbringungsmöglichkeiten verschaffen sollen, also über Zwischennutzungen, Ferienwohnungen, Lagerhäuser usw., und auch über ein System, wie diese Übersicht schnell aktualisiert werden kann. So käme man nicht wieder in die Situation,

Zivilschutzanlagen verwenden zu müssen. Es kann jetzt nicht nur gehofft werden, dass mit der Zuweisung an die Gemeinden die unterirdischen Unterkünfte nicht mehr nötig sein werden. Mit der Unterstützung des Postulats fordern wir die Erarbeitung einer Strategie, die es in Zukunft erlaubt, die Flüchtlingsunterbringung ohne Zivilschutzanlagen zu realisieren. Jetzt, wo man kurzfristig schnell reagieren muss, darf der Aufenthalt im Untergrund nur im Notfall und für wenige Tage stattfinden, was offenbar auch vom Regierungsrat angestrebt wird. Die SP fordert, dass Personen nur in unterirdischen Anlagen untergebracht werden, wenn es in unmittelbarer Nähe oberirdische Innenräume, Aufenthaltsräume, Rückzugsmöglichkeiten und auch Aussenräume hat, damit die Asylsuchenden nur zum Schlafen in den Untergrund müssen. Wichtig ist auch, dass den betroffenen Menschen von Anfang an klar ist, wie lange sie mit dieser Unterbringung vorliebnehmen müssen. Die kommunizierte Frist muss dann in jedem Fall eingehalten werden. Eine proaktive, verständliche und verlässliche Kommunikation ist sehr wichtig, um die Situation für die Geflüchteten erträglich zu machen. Das gilt aber für alle Asylsuchenden, egal ob mit Schutzstatus S oder nicht und egal woher die Menschen kommen. Aber dafür braucht es die entsprechenden Ressourcen in den zuständigen Dienststellen. Diese Investition sind wir den Menschen auf der Flucht schuldig.

Monika Schnydrig: Insgesamt müssen im Kanton Luzern rund 9500 Plätze für die Unterbringung von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich zur Verfügung stehen. Das ist eine grosse Zahl und somit eine Mammutaufgabe. Ich finde, die Schweiz und auch unser Kanton leisten gute Arbeit. Viele Schutzsuchende sind schon hier und dankbar, dass sie ein Bett, eine warme Mahlzeit und Betreuung erhalten. Sie suchen primär Ruhe. In einer Zivilschutzanlage gibt es für die Flüchtlinge Mahlzeiten, und sie werden von Helfenden und den zuständigen Behörden betreut. Die Kommunikationsbarriere wird mit Englisch und teilweise auch Deutsch überwunden. Wichtige Informationen werden mit übersetzten Merkblättern vermittelt. Auch die medizinische Versorgung ist organisiert. Wenn eine Person aufgrund von traumatischen Erfahrungen akute psychische Leiden hat, wird sie weiterführend unterstützt. Gemäss Schätzungen des SEM können ausgehend vom mittleren Szenario bis Ende Jahr insgesamt 118 000 Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich schweizweit eintreffen. Bei einem Verteilschlüssel von 4,8 Prozent für den Kanton Luzern entspricht das rund 5700 Zuweisungen an unseren Kanton. Gleichzeitig sind per 31. Dezember schon fast 3900 Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich in kantonaler Zuständigkeit. Insgesamt müssen damit im Kanton Luzern 9500 Plätze für die Unterbringung von Personen aus diesem Bereich zur Verfügung stehen. In den Medien findet man auch Berechnungen und Prognosen, in denen mit bis zu 250 Personen gerechnet wird. Das würde für den Kanton Luzern bedeuten, dass bis zu 15 000 Plätze oder mehr für die Unterbringung von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich zur Verfügung gestellt werden müssten. Und dann? Nicht zu vergessen ist, dass Zivilschutzanlagen auch für uns ein Zufluchtsort bei einem Katastrophenszenario wären. Wir wären auch sehr froh, wir hätten dort Unterschlupf. Wir sind dankbar, dass es Zivilschutzanlagen gibt, um Personen möglichst kurzfristig unterbringen zu können. Die SVP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich hege für dieses Anliegen durchaus Sympathien. Auch wir möchten am liebsten niemanden in einer unterirdischen Zivilschutzanlage unterbringen. Wir sind aber heute im Kanton Luzern an einem Punkt angelangt, an dem wir nicht mehr wählen können, wo wir die geflüchteten Personen beherbergen. Wir sind dafür verantwortlich, dass wirklich alle Personen, die aus der Ukraine oder auch aus einem anderen Land der Welt in die Schweiz flüchten, ein Dach über dem Kopf haben. Die Ukraine-Krise fordert den Kanton Luzern und auch die ganze Schweiz in einem unvorstellbaren Ausmass. Seit März hat der Kanton Luzern schon über 2400 Personen aus der Ukraine aufgenommen. Jede Woche kommen rund 100 Personen neu in unseren Kanton. Wir rechnen bis Ende Jahr mit ungefähr 6000 Personen im Kanton Luzern. Rechnen Sie einmal aus, wie viele Wohnungen wir pro Woche anmieten müssten, um alle Personen in einer Wohnung unterzubringen. Das ist schlicht nicht zu bewältigen. Dazu kommt, dass in unserem Kanton zahlbarer Wohnraum

knapp ist. Schon die hiesige Bevölkerung hat teilweise Mühe, eine günstige Wohnung zu finden. Die SP behauptet, wir hätten das besser vorbereiten können. Wir haben Hallen, aber diese allein genügen nicht. Wir brauchen Wohnungen, das sind Familien mit Kinder. Diese Wohnungen haben wir einfach nicht. Wir können nicht für 3000 bis 6000 Menschen Wohnungen reservieren, diese werden noch von anderen Personen gebraucht. Wir sind vor allem in der Anfangsphase, wenn die Leute zu uns in den Kanton Luzern kommen, auf grössere Unterkünfte angewiesen. Das ist besser für das Einleben, für das Zusammenleben und für die Instruktion. Das funktioniert auch gut. Urban Frye hat die Halle auf der Allmend erwähnt; solche Hallen werden wir noch weitere eröffnen, auch auf der Landschaft. Aber dazu kommen auch die Zivilschutzanlagen. Gerade Sanitätshilfsstellen sind oftmals schon gut ausgerüstet. Wir können sie mit der Unterstützung des Zivilschutzes rasch in Betrieb nehmen und in kurzer Zeit eine grosse Anzahl Personen bei uns im Kanton Luzern aufnehmen. Das wollen wir. Wir wollen gegenüber dem Bund ein verlässlicher Partner sein. Eine unterirdische Unterbringung ist sicher nicht ideal, schon gar nicht für Familien mit Kindern. Doch ich verspreche Ihnen, dass wir niemanden länger als nötig in einer Zivilschutzanlage lassen. Wir wollen diese als Auffangzentrum nutzen, aber nur kurzfristig. Urban Frye sagt auch, wir würden auf Hilfsangebote von Institutionen verzichten und bewusst Tausende Wohnungsangebote von Privaten ausschlagen. Das ist nicht so. Es stimmt, dass die Schweizerische Flüchtlingshilfe im Kanton Luzern und auch in acht weiteren Kantonen keine Wohnungen vermittelt. Doch die Schweizerische Flüchtlingshilfe hat bisher schweizweit erst 2200 Gastfamilienverhältnisse vermittelt und liegt somit auch unter ihren eigenen Erwartungen zurück. Die Regierung hat letzte Woche den Verteilschlüssel angepasst und die zuständige Dienststelle damit beauftragt, die Zuweisung an die Gemeinden in Kraft zu setzen. Ich möchte an dieser Stelle den Gemeinden für ihre bisherige Unterstützung danken und für die Unterstützung, die noch folgen wird. Das heisst aber jetzt nicht, dass sich der Kanton zurücklehnt und wir keine Anstrengungen mehr unternehmen. Wir sind tagtäglich mit der Dienststelle Immobilien unterwegs, die sehr gute Arbeit leistet. Wir suchen neue Unterkünfte. Nur mit einem gemeinsamen Kraftakt wird es uns gelingen, diese grosse Herausforderung zum Wohl der Schutzsuchenden zu meistern. Ich beantrage Ihnen, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 68 zu 25 Stimmen ab.